

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon  
vom 4. bis 6. Januar 2017

# INTEGRATION: UNSERE WERTE GELTEN

5. JANUAR 2017

Mit dem Integrationsgesetz haben wir den Grundsatz des Förderns und Forderns fest im deutschen Recht verankert. Wir fördern die Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive durch mehr Angebote an Integrationskursen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Gleichzeitig fordern wir aber auch die Teilnahme an Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen ein. Werden Integrationsmaßnahmen oder Mitwirkungspflichten abgelehnt, werden Leistungen gekürzt. Wir müssen Integrationsbereitschaft selbstbewusst und aus voller Überzeugung von unseren Werten auf der Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einfordern. Nicht wir müssen uns anpassen, sondern unsere Regeln und Werte müssen beachtet werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht möglich, wenn grundlegende Wertvorstellungen wie Gleichberechtigung, Meinungs- und Religionsfreiheit abgelehnt werden.

Der multikulturelle Ansatz von Rot-Grün ist gescheitert. Aus falsch verstandener Toleranz heraus fördert er das Nebeneinander und schadet so dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht hier nicht um die Leugnung der eigenen Herkunft oder einen Zwang zur Assimilierung, sondern um das Zusammenleben auf der Grundlage unserer Wertvorstellungen mit unserer Leitkultur als Leitbild. Wir müssen aus Fehlern in der Vergangenheit lernen, Fehlentwicklungen wie das Entstehen von Parallelgesellschaften klar benennen und konsequent gegen sie vorgehen. Für uns gilt: Leitkultur statt Multi-kulti-Beliebigkeit.

## Keine Kinder- und Mehrehen

- ◆ Kinderehen verstoßen gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grund- und Werteordnung. Insbesondere Ehen von unter 16-jährigen müssen künftig von Anfang an nichtig sein. Die Ehemündigkeit muss sich nach deutschem Recht richten. So sorgen wir für Rechtssicherheit.
- ◆ Kinder in oder aus Kinderehen lassen wir nicht allein. Wir wollen gerade sie mit dem Verbot schützen und werden genau prüfen, wie negative Auswirkungen im Einzelfall etwa bei Unterhaltsansprüchen vermieden werden können. Folgeprobleme

müssen gegebenenfalls sozial abgefedert werden, können die rechtliche Anerkennung von Kinderehen aber nicht rechtfertigen.

- ◆ Der Grundsatz der Einehe gehört zu unseren prägenden Wertvorstellungen. In Deutschland akzeptieren wir keine Mehrehen. Diesbezüglich wollen wir prüfen, ob und in welchen Bereichen gesetzliche Anpassungen erforderlich sind.

## Von Angesicht zu Angesicht

- ◆ Wir sind stolz auf unsere offene Gesellschaft und die hier gelebte Toleranz. Die Vollverschleierung passt nicht in unsere offene Gesellschaft und widerspricht unserem Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wo immer dies rechtlich möglich ist, wollen wir das Tragen von Burka und Niqab verbieten.
- ◆ Der Bundesinnenminister und der Bundesverkehrsminister haben bereits entsprechende Initiativen zum Verbot der Vollverschleierung in den Behörden und im Straßenverkehr auf den Weg gebracht beziehungsweise angekündigt. Wir fordern den Bundesjustizminister auf, auch in seinem Bereich etwa bei der Zeugenvernehmung endlich für entsprechende gesetzliche Verbote zu sorgen. Sein fortwährendes Verschleppen wichtiger Gesetzgebungsvorhaben insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit schadet dem Rechtsstaat.
- ◆ Im Hinblick auf weitergehende Vollverschleierungsverbote im öffentlichen Raum darf es keine Denkverbote geben.
- ◆ Die unabhängige und neutrale Justiz ist Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Das Vertrauen der Öffentlichkeit hierauf darf durch das äußere Erscheinungsbild einer Richterin oder Staatsanwältin nicht erschüttert werden. Die Neutralität kommt auch durch das Tragen der Robe zum Ausdruck. Deswegen verbietet sich das Tragen eines Kopftuchs. Bund und Länder sind gefordert, im Sinne der Rechtsklarheit zügig entsprechende Verbote zu erlassen.

## In Deutschland gilt das Grundgesetz

- ◆ In Deutschland gelten das Grundgesetz und die darauf aufbauende Rechtsordnung. Das Rechtsprechungs- und Gewaltmonopol liegt beim deutschen Staat. Wir dulden weder Paralleljustiz noch die Aushöhlung unserer Rechtsordnung durch sogenannte ‚Scharia-Gerichte‘ oder ‚Scharia-Polizei‘. Alle derartigen Bestrebungen sind strikt zu unterbinden. Sofern hier Regelungslücken bestehen, sind sie zügig zu schließen.
- ◆ Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, dass einige Kräfte aus dem Ausland versuchen, Konflikte aus den Heimatländern in unser Land zu tragen. In Deutschland gelten Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, allerdings nicht unbeschränkt. Gewalttätige Ausschreitungen sind jedenfalls nicht umfasst und müssen konsequent verfolgt werden. Wir lassen nicht zu, dass Konflikte aus den Herkunftsländern auf deutschem Boden ausgetragen werden.

- ◆ Auch über die Anstellung ausländischer beziehungsweise im Ausland ausgebildeter Imame in einigen deutschen Moscheen versuchen ausländische Regierungen und Organisationen zum Teil, Einfluss auf bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland zu nehmen. Diese Einflussnahme wollen wir soweit wie möglich unterbinden. Unser Ziel ist es, die Ausbildung der Imame und Lehrer in den Moscheen weitgehend in Deutschland durchzuführen, so dass dort langfristig auch die Predigten und Ansprachen überwiegend in deutscher Sprache stattfinden können.
- ◆ Wir fordern sowohl die Islamverbände als auch die islamischen Gemeinden und Vereine auf, sich stärker beim Thema Integration zu engagieren. Sie müssen sowohl bei der Prävention zur Verhinderung von Radikalisierung als auch bei der Aufklärung und Bekämpfung bereits erfolgter Radikalisierung engagierter mitwirken. Es muss uns allen zu denken geben, dass Radikalisierungen immer wieder im Umfeld bestimmter Moscheen stattfinden. Sie sollten sich zu Zentren der Integration und nicht zu Zentren der Separation entwickeln.

## Doppelte Staatsangehörigkeit ist Integrationshindernis

- ◆ Wer die deutsche Staatsangehörigkeit will, dem können wir auch die Entscheidung abverlangen, sich vorbehaltlos zu ihr zu bekennen. Dass sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr entscheiden müssen, war ein Kompromiss mit der SPD, der insbesondere auf Grund der Einflussnahmeversuche ausländischer Regierungen in letzter Zeit nun zu Recht wieder in Frage gestellt wird.
- ◆ Die bewusste Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit ist der Abschluss einer gelungenen Integration. Wer in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern diese Entscheidung abnimmt, indem beide Staatsangehörigkeiten fortbestehen können, erschwert Integration. Wir wollen dieses Integrationshindernis wieder beseitigen und zum Optionsmodell zurückkehren.

## Integration durch Sprache und Bildung

- ◆ Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Nur wer sich ohne Probleme mit den Menschen vor Ort verständigen kann, hat eine Chance, Teil der Gesellschaft zu werden. Die Sprache ist entscheidend für die schulische und berufliche Ausbildung, sie stellt die Weichen für entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten.
- ◆ Nicht der von Rot-Grün zum Teil betriebene Ausbau von Sprachkursen in Türkisch, Arabisch oder Farsi an den Schulen ist der richtige Weg, sondern die gezielte Förderung bei Defiziten in der deutschen Sprache.
- ◆ Eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung unserer Werteordnung spielen die Schulen und Hochschulen. Sie müssen einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes legen. Werte wie Gleichberechtigung, Nicht-

Diskriminierung und der Schutz von Minderheiten sind Ausdruck unserer Werteordnung und können nicht kulturell oder religiös motiviert relativiert werden.

- ◆ Bei Anzeichen von Integrationsdefiziten müssen Schulen und Hochschulen mit klaren Leitlinien entgegensteuern. Ausnahmen vom Schwimmunterricht und ähnliche ungerechtfertigte Sonderbehandlungen sind zu vermeiden. Eine schlechtere Behandlung von weiblichen Lehrkräften ist inakzeptabel.
- ◆ Es muss gewährleistet sein, dass Frauen gleichberechtigt Zugang zu allen Integrationsmaßnahmen haben.

## Integration durch Ausbildung und Arbeit

- ◆ Eine der wichtigsten Voraussetzungen für gelungene Integration ist die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit. Wer selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, wird schnell Teil der Gesellschaft und leistet so einen Beitrag für das Gemeinwesen. Für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollte daher geprüft werden, ob und gegebenenfalls welche Regelungen unseren Unternehmen die Einstellung von Flüchtlingen weiterhin erschweren.
- ◆ Um Flüchtlingen die Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen, sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Wir appellieren an alle Beteiligten einschließlich der Wirtschaft, ihre Anstrengungen weiter zu verstärken.
- ◆ Bayern geht hier mit gutem Beispiel voran. Die Vereinbarung ‚Integration durch Ausbildung und Arbeit‘ zwischen der Bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesanstalt für Arbeit und der Spitzenverbände der bayerischen Wirtschaft hat Vorbildcharakter. Bereits im September wurde mit knapp 40.000 Flüchtlingen das für 2016 gesetzte Ziel von 20.000 Praktikumsplätzen, Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen für Flüchtlinge deutlich übertroffen. 20.200 davon waren Beschäftigungsverhältnisse (ohne Praktika und die über 4.000 Ausbildungsverhältnisse). Die anderen Länder sollten diesem guten Beispiel folgen, damit die Integration in ganz Deutschland noch besser voranschreitet.
- ◆ ‚Integration durch Ausbildung und Arbeit‘ ist nur ein Beispiel von vielen für das große Engagement Bayerns für die Integration. Nachhaltig investiert wird beispielsweise auch im Schulbereich. Kein Land in Deutschland investiert in ähnlichem Umfang in die Integration der Flüchtlinge.

## Vermeidung von Ghettobildung

- ◆ Gerade in fremden Ländern tendieren Menschen verständlicherweise dazu, Kontakt zu Menschen mit ähnlicher Herkunft und ähnlichem Hintergrund zu suchen. Dauerhaft erleichtert es hingegen die Integration, wenn Zuwanderer mit Einheimischen ins Gespräch kommen. Hier ist auch die Arbeit der Kirchen, der vielen Vereine und Organisationen für Sport, Musik und Kultur so wichtig. Ihnen gebühren Dank und

Anerkennung. Soweit der Bund hier unterstützen kann, werden wir uns dafür einsetzen.

- ◆ Auch die Wohnsitzauflage für anerkannte Bleibeberechtigte bietet eine gute Möglichkeit, Ghattobildungen zu vermeiden. Wir fordern daher alle Bundesländer zur Umsetzung der Wohnsitzauflage auf.
- ◆ Zur Vermeidung von Ghattobildung ist auch die Stadtplanung gefordert. Vor allem die Länder sind in der Pflicht, ausreichenden Wohnraum für alle sozial Schwächeren bereitzustellen. Der Bund unterstützt die Länder hierbei und hat beispielsweise seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau für 2017 bereits im November um 500 Millionen Euro auf nunmehr insgesamt 1,5 Milliarden Euro erhöht.

### Leitkultur: Unsere Werte gelten

- ◆ Damit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingt, müssen Zuwanderer unsere Leitkultur respektieren. Ohne Grundkonsens über die wesentlichen Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer Ordnung wird der Zusammenhalt in Deutschland auf Dauer Schaden nehmen.
- ◆ Wer hier leben will, muss die Werteordnung und Prägung unseres Landes anerkennen und unsere kulturellen Traditionen respektieren. Er muss beispielsweise die im Grundgesetz festgeschriebenen Freiheiten – etwa die Religions- und die Meinungsfreiheit – und ihre Grenzen achten, andere Lebensweisen tolerieren und sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten. Rassismus und Antisemitismus jeglicher Art haben keinen Platz in unserem Land.
- ◆ In Deutschland gilt die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Deshalb ist es nicht akzeptabel, wenn die Behandlung durch weibliche Ärzte und Pflegekräfte abgelehnt wird, wenn Polizistinnen nicht anerkannt werden oder wenn Frauen aus religiösen Gründen der Handschlag verweigert wird.
- ◆ Frauenverachtendes Verhalten wie in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen deutschen Städten verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist nicht mit unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vereinbar.

Integration erfordert Anstrengungen von beiden Seiten. Wir sind bereit, die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive in unserem Land umfassend zu fördern, erwarten aber auch von den Zuwanderern die Bereitschaft, sich ihrerseits auf der Grundlage der hiesigen Werteordnung und Leitkultur in unser Land einzubringen.